

Klaus Steinitz

Ostdeutschland eine verfestigte Rückstandsregion? - eine neue und nachhaltige Herausforderung an die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

(Vortrag auf der Jubiläumsveranstaltung am 14. Oktober)

Als vor 10 Jahren die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ihr 15jähriges Jubiläum beging, brachte die Vereinigung Deutschlands, der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, auch für das MEMO eine veränderte Situation. Sie rief neue Probleme und Aufgaben für die Arbeitsgruppe hervor und sollte ihre Arbeit in den darauf folgenden Jahren wesentlich beeinflussen.

Es entstand eine **doppelte Herausforderung**:

- Einmal die *Herausforderung an den Inhalt alternativer Wirtschaftspolitik unter den veränderten Bedingungen eines größeren vereinigten Deutschland und der Transformation Ostdeutschlands aus einem „realsozialistischen“ Staat zu einem Bestandteil der marktwirtschaftlich kapitalistischen Bundesrepublik*. Daraus ergaben sich qualitativ neue Anforderungen im Hinblick auf: (1) die Bedingungen für eine soziale und ökonomische Transformation der Strukturen, der Wirtschaftsordnung und der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ostdeutschland in solche, die zwar in die neue ökonomische und soziale Ordnung der Bundesrepublik „passen“, aber zugleich diese nicht einfach übernehmen, sondern stärker zukunftsorientiert sind, also nicht auf eine nachholende Entwicklung gerichtet sind, sondern auch Elemente und Ansätze einer *vorausgehenden Entwicklung* enthalten; (2) die Nutzung der Chancen, um auch im bisherigen Bundesgebiet dringend notwendige gesellschaftliche Veränderungen in Richtung des sozial-ökologischen Umbaus und der stärkeren demokratischen Mitwirkung der Menschen durchzuführen; (3) eine solidarische Gestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen im vereinigten Deutschland, speziell zwischen der bisherigen Bundesrepublik und den neuen Bundesländern.
- Zum anderen eine etwas engere und mehr „*menschliche*“ Herausforderung: *die Integration einer neuen Gruppe ostdeutscher Ökonomen und Sozialwissenschaftler, mit einer anderen Sozialisation und anderen Lebenserfahrungen sowie auch größtenteils anderen theoretischen Grundlagen und bisherigen Arbeitsschwerpunkten*.

In meinem Beitrag möchte ich mich auf Probleme konzentrieren, die mit diesen beiden Herausforderungen verknüpft sind.

Herausforderungen durch die Transformation Ostdeutschlands und die Vereinigung Deutschlands

Es ist hier nicht der Platz für eine ausführliche Analyse der Ergebnisse der Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands im Verlauf der letzten 10 Jahre. Die Erfolge wurden auch ausreichend anlässlich der feierlichen Reden zum 10. Jahrestag der Vereinigung gewürdigt. Einige wenige Bemerkungen müssen genügen.

Die Transformation in kapitalistisch - marktwirtschaftliche Verhältnisse ist in Ostdeutschland im wesentlichen abgeschlossen. Im Gegensatz dazu ist, ungeachtet einer Reihe zweier

fellos positiver Resultate, *insgesamt die Transformation in eine leistungsfähige, durch moderne Strukturen gekennzeichnete Wirtschaft, die insbesondere auch durch die Fähigkeit zur selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung gekennzeichnet ist, mißlungen.*

In einem bemerkenswerten Beitrag von Herbert Giersch und Hans-Werner Sinn in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 29.9.2000 heißt es u.a.: „Der Versuch, Teile der DDR-Wirtschaft allmählich an die neuen Verhältnisse heranzuführen und sie dadurch zu einem großen Teil zu erhalten, wurde nie ernsthaft unternommen. Die Treuhand war auf Geschwindigkeit aus und auf wenig sonst. Sie gab der Privatisierung Vorrang vor der Sanierung, weil sie hoffte, die privaten Eigner würden die Wirtschaft danach aus eignem Antrieb auf Schwung bringen. Doch ist der Versuch mißlungen.Der größte Teil der Industriearbeitsplätze ging ersatzlos verloren. Hierin liegt der Hauptgrund dafür, daß 10 Jahre nach der deutschen Vereinigung immer noch ein Drittel der Ausgaben durch Geldgeschenke aus dem Westen finanziert werden statt aus dem Absatz der eigenen Fertigung.“ Diese Erkenntnis kommt zwar spät; es ist aber doch erfreulich, daß die Realität manchmal auch Neoliberale wie den langjährigen Wirtschaftsweisen Giersch zum Umdenken veranlaßt.

Zehn Jahre nach der Vereinigung hat die gesamtwirtschaftliche Leistung erst wieder das Niveau des letzten DDR Jahres 1989 erreicht. Das Volumen der Industrieproduktion liegt trotz mehrerer Jahre einer relativ hohen Dynamik noch weit unter diesem Stand. Wenn hervorgehoben wird, daß sich das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Osten von 1991 bis 1999 von 31 % auf 63 % des Westniveaus erhöht hat, muß berücksichtigt werden, daß dieses Niveau zunächst von 1989 - dem letzten DDR Jahr - bis 1991 von 50 % auf 31 % abgestürzt war, und daß sich diese Relation seit 1995 nicht mehr verbessert hat.

Ein Vergleich der Anteile der neuen Bundesländer Ende der neunziger Jahre an wichtigen Indikatoren der Bundesrepublik macht die Problematik deutlich. Bei einem Bevölkerungsanteil von 18 % lagen Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Leistung und noch stärker solche der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit weit darunter: die Anteile beim BIP 11 %, beim Industrieumsatz 7 %, bei den Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Wirtschaft 5 %, beim Export 4 %, und beim Steueraufkommen der Länder 6 %. Im Gegensatz hierzu kletterte der Anteil der ostdeutschen Länder und Kommunen an den öffentlichen Schulden sehr schnell hoch, 6 % in 1995 und schon 1999 18 %. Der Anteil an den registrierten Arbeitslosen Deutschlands erreichte im September 2000 35 %, und übertraf damit den Bevölkerungsanteil um 100 %. Der Anteil der Unterbeschäftigten liegt in den neuen Bundesländern fast beim Dreifachen des Bevölkerungsanteils.

Wesentliche Merkmale der ostdeutschen Wirtschaft heute sind:

- Nach wie vor wird in der ostdeutschen Region im Vergleich zum Verbrauch zu wenig produziert. Die Kluft zwischen dem hergestellten BIP und der Gesamtverwendung liegt noch immer in einer Größenordnung von über 200 Mrd. DM, d.h. fast 50% des produzierten BIP. An diesem absoluten Defizit hat sich seit Mitte der 90er Jahre kaum etwas geändert. Hierin äußert sich eine langfristige Abhängigkeit von öffentlichen Finanztransfers für Sozialleistungen, für die Arbeitsmarktpolitik, für Investitionen zur Entwicklung der Infrastruktur und des produzierenden Bereichs sowie zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltungen in den Ländern und Kommunen. Die ostdeutsche Wirtschaft weist *starke Züge sowohl einer Transfer- und als auch einer Filialökonomie auf.*
- Ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit ist schwach, vor allem auf überregionalen und äußereren Märkten. In den neuen Ländern sind je 1000 Erwerbstätige nur ein Drittel so

viele in Forschung und Entwicklung tätig wie in den alten Ländern. 1989 gab es bei diesem Indikator keinen Unterschied zwischen Ost und West.

- Die Akkumulationsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft ist unzureichend und in hohem Maße von äußeren Quellen abhängig. In den neunziger Jahren kann nach vorliegenden Untersuchungen davon ausgegangen werden, daß mehr als zwei Drittel der Investitionen aus dem früheren Bundesgebiet (Unternehmen und öffentliche Hand) und dem Ausland kamen. Daran wird sich auch in der nächsten Zeit kaum etwas ändern. Ursachen hierfür liegen vor allem in dem geringen Anteil der Industrie am Sozialprodukt, den starken Defiziten in der Betriebsgrößen- und Branchenstruktur der ostdeutschen Wirtschaft sowie in den niedrigen Gewinnraten ostdeutscher Unternehmen.
- Die Produktions- und Exportstrukturen der neuen Länder knüpfen zu wenig an Traditionen und Stärken der vorangegangenen ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung an und sind insgesamt zu wenig zukunftsorientiert. Obgleich Wirtschaftszweige mit vorwiegend regionalem Absatz im Vergleich zu Westdeutschland weit höhere Anteile aufweisen, sind die regionalen Verflechtungen unterentwickelt. Dies gilt besonders auch für die neu errichteten modernen Produktionsstätten der Chemie, des Maschinen- und Automobilbaus und der Mikroelektronik, deren regionale Multiplikatoreffekte weit hinter den Möglichkeiten zurückbleiben.

Seit 1990 wurde die ostdeutsche Problematik in allen von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik fertiggestellten Memoranden und auch in vielen Memoforen behandelt. Dabei standen besonders im Vordergrund:

1. Kritische Auseinandersetzung mit der Vereinigungspolitik der Bundesregierung - u.a. überstürzte Einführung der DM, forcierte, rigorose und rücksichtslose Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt, Mißachtung aller positiven Erfahrungen der DDR, Anwendung des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung;
2. Nachweis der absehbaren verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser Politik einschließlich einer kritischen Auseinandersetzung mit den Illusionen einer raschen ökonomischen Angleichung Ost an West und der Zurückführung der Finanztransfers;
3. Ausarbeitung alternativer Vorschläge für eine den Bedingungen der Transformation und der Vereinigung entsprechenden Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik, in der Übergangsmaßnahmen, eine staatliche Strukturpolitik, eine neue Qualität der Arbeitsmarkt- und der Regionalpolitik sowie der Wirtschaftsförderung eine entscheidende besondere Rolle spielen.

Es ist aufschlußreich sich die Analysen, Bewertungen und Prognosen anzusehen, die in den Memoranden der ersten Jahre nach der Vereinigung zur ökonomischen und sozialen Entwicklung in Ostdeutschland enthalten sind.

* Frühzeitig wurden die verheerenden Folgen aufgezeigt, die sich aus der rücksichtslosen Übernahme großer Teile des ostdeutschen Marktes durch westdeutsche Handelsketten und den fehlenden Marktzugang ostdeutscher Unternehmen ergeben würden; sie wurden von der Realität noch übertroffen, und haben auch Bereiche einbezogen, die wie die genossenschaftliche Landwirtschaft, eigentlich wettbewerbsfähig waren: z.B. sind insbesondere dadurch die Tierbestände schlagartig auf weniger als die Hälfte geschrumpft;

* Die Kritik an der Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt war u.a. darauf gerichtet, daß die neuen westdeutschen Eigentümer mit ihren ostdeutschen Filialen weder westdeutsche Märkte erobern noch die wirtschaftlichen Verflechtungen in den ostdeutschen Regio-

nen fördern würden; die Philosophie der Treuhandpräsidentin Breuel als Nachfolgerin von Rohwedder, „Privatisierung ist immer noch die beste Sanierung“, die auch als Antwort auf Kritiker u.a. aus der MEMO Gruppe aufzufassen war, bedeutete das faktische Todesurteil für große Teile der Industrie. 1995 schrieb der Chefredakteur der Wirtschaftswoche Engels: „Dieses ganze Vermögen hat die Bundesrepublik mit dem Beitritt geerbt - fast die ganze Industrie, beträchtliche Teile des Wohnungsvermögens, der land- und forstwirtschaftlichen Flächen. Die Verwertung dieses Vermögens (durch die Treuhandanstalt) hat allerdings keinen Überschuß erbracht, sondern weit über eine viertel Billion Zuschuß erfordert. Das sei eben alles Schrott gewesen, wird heute behauptet. Die große Verschwendug röhrt aus dem politischen Mißmanagement des Vereinigungsprozesses, und dieses Mißmanagement dauert immer noch an.“ (Wirtschaftswoche Nr. 9/95, S. 2)

* Es wurde nachgewiesen, daß die Exportmärkte in Mittel- und Osteuropa nicht einfach zusammengebrochen sind, sondern daß vielmehr die Exportanteile ostdeutscher Unternehmen von Unternehmen der alten Bundesländer übernommen wurden;

* Die „Konjunkturlokotive“ Bau wurde von vornherein differenziert bewertet; das Bau- gewerbe wurde zu einem großen Teil künstlich, durch einen fehlgeleiteten Einsatz von För- dermitteln, einige Jahre forciert und trat dann den Rückwärtsgang an;

* Ein wesentlicher Aspekt der Kritik waren Defizite in der Wirtschaftsförderung und die schematischen Übertragung der in den alten Bundesländern angewandten Förderinstrumen- te. Ihre insgesamt unbefriedigende Wirksamkeit hängt eng damit zusammen, daß die Dis- kussion über ihren Einsatz sehr stark von fiskalischen und weniger von struktur- und regio- napolitischen Gesichtspunkten bestimmt wurde und noch wird. Ihre Effekte zeigen sich nur zum Teil in Ostdeutschland; der überwiegende Teil der Fördermittel fließt direkt oder indi- rekt an westdeutsche Unternehmen zurück. Der ehemalige Bürgermeister von Hamburg Voscherau stellte 1996 fest: „In Wahrheit waren fünf Jahre Aufbau Ost das größte Berei- cherungsprogramm für Westdeutsche das es je gegeben hat.“ (Die Welt, 4.12.96)

In der ersten umfassenden Publikation der Arbeitsgruppe zu der Problematik der Vereini- gung, im Mai 1990, heißt es: „Alles deutet darauf hin, daß der ökonomisch schlechtere, teuere und sozial gefährlichere Weg der wirtschaftlichen Vereinigung beschritten worden ist. Dabei kommt die Einführung der DM in die DDR einer Beendigung der wirtschaftlichen Souveränität der DDR gleich. Eine strukturell schwache, im wesentlichen noch planwirt- schaftlich geprägte Wirtschaft wird mit einer Hartwährung ausgestattet und damit der un- eingeschränkten Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt. Damit werden die strukturellen Mängel der DDR-Wirtschaft schonungslos aufgedeckt. Ohne gegensteuernde Maßnahmen führt dies nicht nur zu einem Bankrott weitgehend maroder Betriebe, sondern Gefahr droht auch Unternehmen, die in einer längeren Übergangszeit die Chance zur Anpassung gehabt hätten. Abrupt werden durch diesen Weg Zukunftsplanungen von Menschen durchkreuzt, Qualifi- kationen entwertet und eine, wenn auch bescheidene, soziale Sicherheit zerstört. Die Unter- schiede im Lebensstandard zwischen der BRD und der DDR werden sich für weite Teile der Bevölkerung eher vertiefen. Das Problem der Abwanderung aus der DDR wird auf diesem Wege auch nicht annäherungsweise gelöst.,, (MEMO-Forum, Nr. 16, mit dem SONDER- MEMORANDUM >Sozial-ökologisches Sofortprogramm: Risiken der deutsch-deutschen Währungsunion auffangen<; Bremen, Mai 1990, S. 4) Zu berücksichtigen ist, daß dies geschrieben wurde, als die DDR noch existierte, ihre Vereinigung mit der BRD zwar bereits unausweichlich, aber noch nicht exakt ausgehandelt und terminisiert war.

Diese Charakterisierung der Probleme und Folgen hat sich im Kern bestätigt, während die vielen Prognosen, die zu Beginn der Vereinigung von der offiziellen Politik in Umlauf ge- bracht wurden, von den blühenden Landschaften die bald entstehen würden bis zu den Vor-

aussagen, daß nach einer kürzeren Zeitspanne des ökonomischen Rückgangs eine lang anhaltende Periode eines hohen dynamischen Aufschwungs eintreten werde, in dessen Ergebnis sich die ökonomische Angleichung an Westdeutschland vollziehen werde, bald wie Seifenblasen zerplatzen. Dies gilt auch für die Legenden, die danach zur Erklärung des tiefen Absturzes der ostdeutschen Wirtschaft und zur weitgehenden Entindustrialisierung sowie zur Begründung des abgebrochenen Aufholprozesses ab 1996/97 herhalten mußten:

- Die Wirtschaft der DDR war viel maroder als ursprünglich angenommen wurde - wobei es ein Rätsel blieb, warum auf einmal die negativen Auswirkungen der „maroden“ DDR Wirtschaft nach den Jahren einer hohen Wirtschaftsdynamik von 1992 bis 1995 auf einmal - ab 1996 - wieder verstärkt auftraten; die osteuropäischen Absatzmärkte seien weggebrochen - wobei meist verschwiegen wurde, daß der Export Deutschlands Ende der 90 er Jahre höher als lag als 10 Jahre davor, seine Struktur sich jedoch grundlegend zum Nachteil der ostdeutschen und zu Gunsten westdeutscher Exporteure grundlegend verändert hatte.

Am längsten hat sich die Legende gehalten, die Umtauschrelation von 1:1 bei der Einführung der DM (für Flußgrößen) und das Vorausseilen der Löhne gegenüber der Produktivitätsentwicklung in den neuen Bundesländern sei das größte Hemmnis bei der wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands gewesen.

Die kritischen Wertungen der Vereinigungspolitik die in den Memoranden, gegen den Strom schwimmend und wegen „Schwarzmalerei“ oft kritisiert, haben sich im wesentlichen als richtig erwiesen. Die Bewertung der Wirtschaftspolitik und der Probleme in Ostdeutschland sowie die Prognosen haben sich meist als fundierter und zuverlässiger als die des Sachverständigenrates und Bundesregierungen erwiesen. Sie werden in letzten Zeit von immer mehr Forschungseinrichtungen und Politikern, zwar zögerlich und halbherzig, aber doch in einigen wesentlichen Zügen übernommen oder geteilt.

Aber auch auf einer Jubiläumsfeier sollten wir nicht die Augen vor den **vorhandenen Schwächen in unserer Arbeit** verschließen.

- es ist bisher noch nicht ausreichend gelungen, die Verflechtungen und oft widersprüchlichen gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den Politikfeldern deutlich zu machen und entsprechende Lösungen aufzuzeigen, z.B. zwischen Reindustrialisierung und ökologischem Umbau, zwischen Regionalisierung und Stärkung der Exportkraft, zwischen beschleunigter Produktivitätssteigerung und Schaffung von Arbeitsplätzen;
- die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung ist bisher noch zu sehr als *ostdeutsche* Problematik und zu wenig als ein *gesamtdeutsches* und europäisches Problem behandelt worden; dabei werden insbesondere die Rückwirkungen der ungelösten Probleme der neuen Bundesländer auf die alten Bundesländer zu wenig nachgewiesen.
- die ostdeutschen Probleme wurden bisher größtenteils in einem Kapitel zusammenfassend behandelt; dies hat dazu beigetragen, daß bei allen anderen wichtigen Fragen, die in gesonderten Abschnitten behandelt werden, Arbeitsmarktpolitik, Haushalts- und Steuerpolitik, Renten, Umweltproblematik, die vorhandene ostdeutsche Spezifik meist nicht oder doch zu wenig berücksichtigt wurde. Die spezifischen Aspekte Ostdeutschlands sind kaum in die einzelnen Abschnitte integriert. Dies war übrigens in einigen der unmittelbar nach der Vereinigung publizierten Memoranden schon besser gelungen.

Um den Herausforderungen des neuen Jahrzehnts gerecht zu werden, gilt es diese Schwächen zu überwinden und zugleich die gegenwärtige Situation und die Entwicklungsbedin-

gungen für Ostdeutschland realistisch zu bewerten. Dabei erscheinen mir vor allem folgende Aspekte wichtig zu sein:

1. Ostdeutschland wird für eine längere Zeit, zumindest in den nächsten 10 Jahren, insgesamt eine rückständige Region Deutschlands bleiben, die nicht über die Voraussetzungen eigener Reproduktionsfähigkeit oder einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung verfügt. Für längere Zeit werden Steueraufkommen weit unter, die Arbeitslosenquote weit über dem Durchschnitt bleiben. Es wird auch im bevorstehenden Zeitraum keine schnelle Angleichung der Wirtschaftsleistung je Einwohner geben, bestenfalls kleine Schritte einer Verringerung der Rückstände. Dies schließt ein, daß die Finanztransfers langfristig mindestens auf dem gegenwärtigen Niveau fortgeführt werden müssen.
2. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen über den Weg wie die Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands in Zukunft gefördert und unterstützt werden soll, konzentrieren sich darauf, ob die Sonderförderung Ost weitergeführt werden soll oder zu einer Wirtschaftsförderung im Rahmen der normalen regionalen Entwicklungspolitik der Bundesrepublik übergegangen wird. Dies hätte die Konsequenz, die Wirtschaftsförderung auf strukturschwache Regionen Ostdeutschlands mit besonderen Entwicklungsproblemen zu beschränken. Ostdeutschland darf jedoch nach unserer Ansicht nicht in die Ecke herkömmlicher Regionalpolitik und der Anwendung der traditionellen Instrumente der Regionalentwicklung gedrängt werden. Der Nachweis, warum eine solche Kursänderung falsch ist und den Interessen nicht nur der Menschen in den neuen sondern auch in den alten Bundesländern zuwiderläuft, ist eine Schlüsselfrage unserer weiteren Arbeit.
3. Ein Konzept für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Ostdeutschlands, das auch mehr als bisher Erfordernisse eines ökologischen Umbaus berücksichtigt, muß komplex sein und die vielfältigen Verflechtungen zwischen den Feldern der wirtschaftlichen Tätigkeit beachten. Es geht um bewußtes Setzen von Prioritäten aber nicht um einfache Alternativen:
 - die Stärkung der Innovations- und Investitionspotentiale in und für Ostdeutschland bleibt die Schlüsselfrage, aber ihre Wirksamkeit setzt auch die Stärkung der Nachfrage und die Verbesserung der Absatzbedingungen voraus,
 - im Vordergrund steht die Förderung regionaler Wirtschaftsbeziehungen und -kreisläufe, aber die Erhöhung der Exportkraft und der Exportanteile bleibt eine unverzichtbare Aufgabe,
 - bei der Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung steht der effektivere Einsatz der verfügbaren Mittel und deren Nutzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Unterstützung regionaler Verflechtungen und die Förderung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen zweifellos im Vordergrund; diese Priorität darf aber nicht dazu führen, daß die langfristige Sicherung des notwendigen Volumens der einsetzbaren Mittel sowohl des Bundes als auch der Länder und Kommunen reduziert werden.
4. Realistische Vorstellungen für die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung setzen voraus, sie stärker in die Probleme der gesamtdeutschen und europäischen Entwicklung zu integrieren. Von besondere Bedeutung ist dabei die Osterweiterung der EU, die für die neuen Bundesländer sowohl beträchtliche Probleme und Risiken enthält als auch neue Chancen und Möglichkeiten eröffnet. Um diese zu nutzen, ist es wichtig, rechtzeitig für die Grenzregionen der neuen Bundesländer und die der Nachbarstaaten Polen und Tschechien gemeinsame oder abgestimmte Entwicklungskonzepte auszuarbeiten.

Von der Bundesregierung wurde mit dem Regierungsantritt von Rot-Grün, im 8. Jahr der Einheit, die Entwicklung Ostdeutschlands zur Chefsache erklärt. Davon sind bisher jedoch

kaum positive Impulse auf die ostdeutsche Entwicklung ausgegangen. In der MEMO Gruppe war es anders. Die ostdeutsche Problematik wurde sehr früh de facto zur „Chefsache“. 1991 publizierten Rudolf Hickel und Jan Prieve mit „Der Preis der Einheit“ und Herbert Schui mit „Die ökonomische Vereinigung Deutschlands. Bilanz und Perspektiven“, fundierte Analysen des Vereinigungsprozesses. Einige Jahre später schrieben Hickel und Prieve „Nach dem Fehlstart - Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung“. In dieser Zeit wurden die Abschnitte des MEMO zur ostdeutschen Entwicklung gemeinsam von west- und ostdeutschen Wissenschaftlern ausgearbeitet. Das hat sich - leider - in den letzten Jahren etwas geändert. In der Arbeitsgruppe neue Bundesländer waren die Ossis zum Schluß fast nur unter sich. Im MEMO-FORUM 27 „Zehn Jahre >Aufbau Ost< - widersprüchliche Ergebnisse, Probleme und Alternativen“ gibt es nur ostdeutsche Autoren. An der Diskussion der Abschnitte zu Ostdeutschland, die meist am Sonntag am Schluß der Tagungen stattfindet, nahmen in den letzten Jahren viele Arbeitsgruppenmitglieder leider nicht mehr teil, weil sie andere, dringendere (?) Verpflichtungen wahrnehmen mußten.

Obgleich sich die Konzepte der Bundesregierung und des MEMO zur Entwicklung Ostdeutschlands beträchtlich unterscheiden, gibt es auch eine wesentliche *Gemeinsamkeit*: die praktische Wirksamkeit zur Lösung der ostdeutschen Probleme war bisher gering. Die Gründe hierfür sind jedoch sehr unterschiedlich: Bei der herrschenden Politik lag es vor allem daran, daß die Konzepte angesichts der zu lösenden Probleme falsch bzw. unzureichend waren. Beim MEMO war der Grund, daß die Vorschläge keine Chance zur praktischen Erprobung und Umsetzung erhielten. Sie wurden bisher kaum damit konfrontiert, sich auch praktisch bewähren zu müssen.

Herausforderung: Integration einer neuen Gruppe ostdeutscher Ökonomen und Sozialwissenschaftler

Die übereinstimmende Meinung und Erfahrung der neu hinzugekommenen ostdeutschen Mitglieder der Memo-Gruppe, die Kontinuität ihrer Teilnahme an der Arbeit und den Beratungen des Memo sowie auch Vergleiche mit anderen Organisationen und Gruppen aus Ost und West erlauben es, ohne Übertreibung von einem ausgesprochenen Erfolg bei der Integration und Zusammenarbeit zu sprechen.

Von Beginn an wurden die neuen Mitglieder der Arbeitsgruppe als gleichberechtigte Partnerrinnen und Partner aufgenommen. Die Diskussionen verliefen offen und waren ungeachtet unterschiedlicher politischer Überzeugungen und Erfahrungen sowie theoretischer Grundlagen fast immer von Toleranz getragen. Es gab in der Arbeitsgruppe eine angenehme und freundliche Atmosphäre. Hierfür möchte ich, auch im Namen meiner ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen, heute den Mitglieder und der Leitung der Arbeitsgruppe herzlich danken.

Die gleichberechtigte Aufnahme und Mitwirkung der Ostdeutschen am Memo zeigte sich auch darin, daß in dem Gremium, das das Memo vorstellt auch zwei Ostdeutsche mitwirken, Ursula Schröter und Reinhold Kowalski.

Wenn wir heute auf diese 10 Jahre gemeinsamer Arbeit zurückblicken, so war es bestimmt für beide Seiten nicht einfach, als die ostdeutschen „Neulinge“ in eine schon 15 Jahre bestehende Gruppe hinzukamen. Natürlich verlief diese Integration auch nicht konfliktlos.

Für uns neu Hinzugekommenen war die Mitwirkung in der Memo-Gruppe auch eine neue Herausforderung. Die meisten von uns hatten bisher völlig andere, von den Problemen einer sozialistischen Wirtschaft abgeleitete Arbeitsschwerpunkte, gingen von der Marx'schen Politischen Ökonomie aus, hatten wenig mit Keynes zu tun und kannten sich vor allem nicht

in dem Dschungel wirtschaftspolitischer Fördermaßnahmen, -instrumente und -richtlinien aus, die im Westen über Jahrzehnte hinweg installiert wurden. Wir mußten uns rasch auf die neue Arbeit ein- und umstellen. Dies wurde natürlich auch durch die Veränderungen unserer „Umgebung“ infolge der Transformation in eine kapitalistische Marktwirtschaft verstärkt.

Die jährlichen Memoranden finden auch in Ostdeutschland zunehmendes Interesse, wobei ihre Verbreitung noch unbefriedigend ist. Das auch das ostdeutsche Standbein etwas stärker geworden ist wird in der zunehmenden Zahl der Unterstützerinnen und Unterstützer deutlich.

Eine kritische Bewertung der Arbeit der letzten 10 Jahre weist uns auch auf einige Probleme hin. Auf der einen Seite sind, wie schon erwähnt, an der Tätigkeit der Arbeitsgruppe neue Länder fast nur Ostdeutsche beteiligt. Auf der anderen Seite ist die Mitwirkung Ostdeutscher in den anderen Arbeitsgruppen noch zu schwach. Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe neue Länder war bisher durch eine hohe Stabilität und Kontinuität gekennzeichnet. Darin äußert sich aber auch ein großes Problem, die Arbeit liegt auf den Schultern von Menschen die sich fast alle schon im Ruhestand befinden, jüngere Mitglieder sind nicht hinzugekommen. Der langjährige Leiter der Arbeitsgruppe neue Länder Reinhold Kowalski hört dieses Jahr auf. All das zeigt wie wichtig das Bemühen ist, neue und jüngere Interessenten für die Mitwirkung zu gewinnen.

Laßt mich zum Schluß die **Erwartung und Hoffnung äußern**, daß es uns gelingt:

- * den Herausforderungen die sich aus dem Einigungsprozeß im neuen Jahrzehnt ergeben, mindestens so gut wie bisher, möglichst aber noch besser gerecht zu werden;
- * die ostdeutsche Problematik wirksamer in das gesamte Memo, in alle inhaltlichen Komplexe zu integrieren und dabei die Aufgaben zur ökonomischen und speziell industriellen Revitalisierung Ostdeutschland besser mit den Aufgaben eines sozial ökologischen Umbaus zu verbinden;
- * mehr Chancen und Möglichkeiten zu erhalten, um unsere Überlegungen und Vorschläge kritisch zu prüfen, das bedeutet auch: praktisch zu erproben und anzuwenden.